

Dr. Klaus Haertel

Vorsitzender SGK-Kreisverband Gelsenkirchen

Forum

Gelsenkirchen – Stadt mit Zukunft

Samstag, 14. April 2007

Redemanuskript

„Handlungsspielräume in der Kommunalpolitik“

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Gäste des heutigen SGK-Forums,
liebe Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

Ich spreche heute als Vorsitzender des Kreisverbandes der SGK und der SPD-Ratsfraktion Gelsenkirchen zum Thema: „Handlungsspielräume in der Kommunalpolitik“. Dass diese Rede nicht nur in Gelsenkirchen gehalten wird, sondern sich auch mit Gelsenkirchen als Schwerpunkt beschäftigt, versteht sich von selbst.

Ziemlich genau zur Halbzeit der Ratsperiode 2004 bis 2009 werde ich heute eine Zwischenbilanz ziehen und an einigen Beispielen beleuchten, was aus sozialdemokratischer Sicht nach dem großen Wahlerfolg für die SPD als Partei und Frank Baranowski als Oberbürgermeister angepackt wurde und was in den kommenden Jahren noch vor uns liegt. Gleichzeitig soll diese Rede auch schon erste Anregungen für die im Anschluss stattfindenden Foren geben.

Am 26. September 2004 wurde die SPD-Fraktion wieder stärkste Kraft im Rat der Stadt Gelsenkirchen und rückte damit sofort ins Zentrum der politischen Verantwortung. Unter den besonderen Bedingungen eines defizitären Haushalts bestand die Aufgabenstellung für die SPD-Fraktion darin, stabile Mehrheiten für eine verlässliche und zukunftsorientierte Stadtpolitik, so wie wir sie in unserem Wahlprogramm beschrieben hatten, politisch mehrheitsfähig zu gestalten. Dies war und ist der Grund für die Kooperationsvereinbarung, die wir mit Bündnis 90/Die GRÜNEN eingegangen sind. Es handelte sich dabei um keine Liebesheirat, sondern um eine Zweckgemeinschaft. Diese hat die erste Hälfte der Ratsperiode gut überstanden und ich gehe auch davon aus, dass diese Kooperation, trotz einiger Unkenrufe und durchsichtigen undurchsichtigen politischen Störmanövern durch die CDU auch den Rest der Wahlperiode halten wird. Dass dies eine immer schwieriger werdende Aufgabe ist, wird wohl immer deutlicher, wenn wir uns dem nächsten Wahltermin nähern.

Ein weiterer Aspekt wurde nach der Abwahl von Wittke und der „papageienhaften“ [BILD] Zusammensetzung des Rates ebenfalls schnell deutlich. Angesichts der radikalen und kleinen Gruppen bis Einzelpersonen im Rat sind die demokratischen Kräfte ein gutes Stück enger zusammen gerückt. Beachtenswert ist dabei insbesondere das Verhalten der FDP. Sie hat sich aus dem Image, ein Anhängsel der CDU zu sein, herausgearbeitet und arbeitet verantwortungsbewusst eigenständig mit. Die CDU muss ich nach den Erfahrungen seit Jahresbeginn leider auffordern, die die politisch taktischen Ränkespiele sofort zu beenden und sich den schwierigen Aufgaben der nächsten zwei Jahre konstruktiv zu stellen.

Die Basis der politischen Arbeit aber ist und bleibt die Kooperation mit den Grünen, denn sie hat sichergestellt, dass in allen Ausschüssen eine Rot/Grüne Mehrheit besteht, und so eine verlässliche und kontinuierliche Sacharbeit geleistet werden kann. In diesen fast zwanzig Ausschüssen, Werksausschüssen und Beiräten wird nämlich die Kernerarbeit der Kommunalpolitik geleistet. Hier werden die Fachdiskussionen geführt und die entscheidenden Grundlagen für die Beschlüsse gelegt.

Auch die Arbeit der Bezirksverordneten in den fünf Bezirksvertretungen Gelsenkirchens wird oft unterschätzt. Der Wahlerfolg vom 26. September 2004 war auch ein

Erfolg der Arbeit der SPD-Fraktionen in den Bezirksvertretungen. Die SPD ist wieder stärkste Kraft in den Bezirken geworden, sie stellt vier Bezirksvorsteher, die erfolgreiche Arbeit leisten; es gibt fünf SPD-Bezirksfraktionen, die die Bezirksarbeit maßgeblich gestalten. Hier wird Bürgernähe groß geschrieben.

Umso mehr verdient die prinzipielle Bereitschaft unserer Bezirksverordneten, wie die Ratsgremien einen Beitrag zu Kosteneinsparungen zu leisten, Lob und Anerkennung.

Ich möchte an dieser Stelle allen, die

- als Stadtverordnete,
- als sachkundige Bürger,
- als beratende Vertreter von Vereinen und Verbänden

Verantwortung übernehmen und dieses wichtige Element der kommunalen Selbstverwaltung stärken, meinen ausdrücklichen Dank aussprechen. Dank für dieses ehrenamtliche Engagement ist in der heutigen Zeit leider nicht mehr selbstverständlich.

Zuletzt muss ich aber noch einmal einen „Finger in die Wunde legen“. Es geht um die Auswirkung des Wegfalls der 5%-Klausel 1999. Erleben sie mal eine Ratssitzung LIVE. Machen sie sich selber ein Bild davon, wie viel Sand durch diese vielen Gruppen ins Getriebe geworfen wird, wie durch extreme Gruppen und Parteien versucht wird, den Rat handlungsunfähig zu machen! Endlose, sinnlose Geschäftsordnungsdebatten helfen unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht weiter, bringen unsere Stadt nicht voran. Die ersatzlose Aufhebung der 5%-Klausel in NRW bedeutete nicht mehr Demokratie, nicht bessere oder effizientere Selbstverwaltung, sondern erschwert die Handlungsfähigkeit von Rat und Verwaltung. Wenn es denn einer Änderung der Gemeindeordnung durch die konservative Landtagsmehrheit bedarf, dann muss eine neue Sperrklausel, z. B. 3%, die nach dem Verfassungsgerichtsurteil nach wie vor möglich ist, wieder eingeführt werden.

Insgesamt sind wir gut aufgestellt und können die nächste Halbzeit gestalten. Was haben wir bisher geleistet und welche Aufgaben liegen noch vor uns? Auf diese Fragen möchte ich nun eingehen.

Ich stelle bewusst die Finanzen der Stadt an den Anfang meiner Ausführungen. Warum? Handlungsspielräume der Politik bestehen nicht im „blauen Dunst“. Handlungsspielräume ohne finanzielle Freiräume – seien es „freie Mittel“, seien es Einsparmöglichkeiten – sind bei Null. Die Verfügung über die Haushaltsmittel der Stadt, der Beschluss des Haushalts und damit über die Verwendung der städtischen Investitionen und Ausgaben ist das bedeutsamste Element jeder kommunalen Selbstverwaltung. Diese originäre Aufgabe von Kommunalpolitik wird immer weiter unterpült; denn da wo es nichts mehr zu verteilen gibt, wird die kommunale Selbstverwaltung zur Worthülse. Und ausgequetscht wie eine Zitrone, so wird der Haushalt unserer Stadt gerne charakterisiert. Das strukturelle, nicht selbst verschuldete Defizit der Stadt schränkt die Handlungsmöglichkeiten nahezu vollständig ein. Ich selbst bin seit 1984 Stadtverordneter. Seit dieser Zeit haben wir in an vielen Stellen im Großen wie im Kleinen gekürzt, nie geaast. Wir haben seit 20 Jahren das getan, womit andere jetzt erst anfangen. Wir haben Bäder geschlossen und keine Erhöhungen für die Verbände gegeben. Bei alledem haben wir aber immer versucht, durch kreative Lö-

sungen die soziale und kulturelle Struktur der Stadt möglichst zu erhalten. Dies ist auch weitgehend gelungen.

Nun wurde aktuell in den letzten Tagen von einigen Künstlern im Raumschiff Berlin, unterstützt durch die Boulevard-Presse, über Steuererleichterungen schwadroniert. Ich will mich nicht zu der Frage Verschuldung und Entschuldung des Bundes äußern, obwohl ich dazu eine allgemein-politische Meinung habe. Aber als Kommunalpolitiker habe ich eine feste Meinung. Die eingeschränkte Wahrnehmungsfähigkeit einiger in diesem Raumschiff ist kaum zu glauben! Erst sacken die sich zwei Prozent-Punkte der Mehrwertsteuer-Erhöhung ein, die Städte und Gemeinden schauen in die Röhre! Im Gegenteil: Die Städte und Gemeinden zahlen sogar drauf! Ich kann nur sagen: Her mit dem Geld! Her für eine Gemeindefinanzreform, her für Sonderförderungstöpfe! Wir können das Geld nicht nur gut gebrauchen – wir brauchen es dringend! Jeden Heller und Pfennig, jeden EURO und Cent!

Als eine der ersten Großstädte in NRW haben wir das „NKF“, das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ eingeführt und werden nun anscheinend auch noch zum NKF-Versuchskaninchen der Bezirks- und Landesregierung. Das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ sollte von den Erfindern neue Spielräume in der Selbstverwaltung einer Körperschaft eröffnen; neue Flexibilität im Umgang mit Geld und festem Vermögen. Nichts ist davon geblieben, im Gegenteil. Dauernd neue Vorgaben und Regeln von den Aufsichtsbehörden Bezirksregierung und Innenministerium, neue Beschränkungen, die die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt gefährden! Über die sogenannte Prioritätenliste fühlen wir uns wie ein Versuchskaninchen auf dem Operationstisch, dem die Luft an Hals und Brustkorb abgedrückt wird.

Für die Zukunft gilt: Nur, wenn hier wieder größere Freiheiten und wirkliche Handlungsspielräume zurück gewonnen werden, oder noch besser - wenn es endlich eine wirkliche Reform der Gemeindefinanzen gibt - kann ein Haushaltsausgleich in Sichtweite gelangen, kann die Stadt eine finanzpolitische nachhaltige Perspektive entwickeln.

Nicht ohne Selbstkritik müssen wir aber auch dem städtischen Haushalt und seinem Kämmerer verstärkt unsere Aufmerksamkeit widmen. Wenn die Planzahlen und der tatsächliche Jahresabschluss um über 60 Mio. € auseinander klaffen und auch der Aufwand um 30 Mio. € besser ist als der geplante, bedarf es der kritischen Aufarbeitung und der Suche nach möglichen Ansatzpunkten für eine strategische Wende. Ich weiß: Angesichts der Haushaltszahlen muss weiter strikt gespart werden, eindeutig. Wir brauchen aber eine Revision der 2004 beschlossenen Zielvorgaben einer Infrastrukturrevision, eine Revision des Haushaltskonsolidierungskonzeptes, um neue Spielräume sowohl konsumptiv als auch investiv zu ermöglichen!

Die zweite Seite der Medaille, die uns das politische Leben schwer macht, ist seit Mai 2005 die CDU/FDP-Landesregierung unter Ministerpräsident Rüttgers. Ihre Politik der geänderten Strukturförderung und der Lastenverschiebung auf die Kommunen ist ein gefährliches Risiko für die Zukunft unserer Stadt geworden

Von der Abschaffung der Schulbezirksgrenzen, die zur sozialen Spaltung beiträgt, über das Brechen des Versprechens die Jugendarbeit besser zu fördern, bis zu Stu-

diengebühren, die das Studium wieder vom Geldbeutel der Eltern abhängig macht, reicht die Palette der falschen Entwicklungen.

Die bisher angekündigten Änderungen an der Gemeindeordnung lassen Schlimmes befürchten. Durch die Änderung des §107 der Gemeindeordnung wird den Städten die zukunftsgerichtete Ausübung von wirtschaftlicher Betätigung nahezu unmöglich gemacht. Selbst gegen den erklärten Widerstand von großen Teilen der CDU-Kommunalpolitiker, auch hier in Gelsenkirchen, will die Regierung diese Schwächung der kommunalen Handlungsmöglichkeiten durchsetzen. Wenn sich kommunale Unternehmen nicht mehr weiterentwickeln dürfen, ist das der bewusst in Kauf genommene Tod auf Raten städtischer Angebote an seine Bürgerinnen und Bürger. Das steckt dahinter! Nicht mehr und nicht weniger!

Bei den Elternbeiträgen in den Kindertagesstätten findet ein unwürdiges Spiel auf dem Rücken gerade der Eltern, die besonders auf einen Kindergartenplatz angewiesen sind, statt. Das Land ist aus der Finanzierung der nicht erzielbaren Elternbeiträge ersatzlos ausgestiegen, die Eltern sollen diese Kürzung in armen Städten wie Gelsenkirchen bezahlen. Oberbürgermeister Frank Baranowski ist es dankenswerterweise nach zähen Verhandlungen gelungen, einen Kompromiss mit der Bezirksregierung auszuhandeln, der nur zu einer noch sozialverträglichen geringen Anhebung der Beiträge geführt hat.

Durch den geplanten Verkauf aller LEG-Wohnungen gibt das Land den Einfluss auf den sozialen Wohnungsbau vollständig auf und verunsichert auch in unserer Heimatstadt Tausende von Mietern, die sich um den Bestand ihrer Wohnungen oder vor unzumutbaren Mieterhöhungen sorgen.

Allgemein müssen wir feststellen: Das Land saniert sich auf Kosten der Städte – dieses Abwälzen von Lasten auf die Städte muss aufhören. Privat vor Staat ist der falsche Weg, den wir nicht bereit sind, mitzugehen. Denn gerade die Schwachen in unserer Gesellschaft können sich einen schwachen Staat nicht leisten.

Wie ein roter Faden zog sich auch die Auseinandersetzung um die gescheiterte Sanierung des Hans-Sachs-Hauses durch die politischen Debatten vor und nach der Kommunalwahl. Es war Oberbürgermeister Frank Baranowski mit seiner Fachverwaltung um Stadtdirektor von der Mühlen, der endlich fachlich fundierte Zahlen zur Sanierung liefern konnte. Über 140 Million Euro – für unsere Stadt nicht zu verkraften; da war dann auch die CDU endlich zu einem Ausstieg aus dem Millionengrab bereit. Durch die Auflösung des Vertrages sind wieder Handlungsspielräume geschaffen worden. Handlungsspielräume, die aber durch die anhaltenden finanziellen Belastungen der Fehlentscheidungen der alten Ratsmehrheiten und Verwaltungsführung, nach wie vor belastet sind.

Nun haben wir ein neues, zukunftsweisendes Konzept für ein modernes Verwaltungsgebäude im alten Kern der Fassade, mit einem Ratssaal als kommunalpolitisches Zentrum und einer multifunktionalen Veranstaltungsstätte im Innenbereich. Das Einvernehmen mit den demokratischen Kräften im Rat hierzu ist hergestellt. Nun kann dieses neue Hans-Sachs-Haus gemeinsam auf der Basis der alten Planungsideen und der Nutzung neuer Techniken und kostengünstiger Bauweisen Schritt für Schritt verwirklicht werden. In einem transparenten bürgernahen Verfahren, mit einem Architektenwettbewerb, unter vollständiger Kontrolle durch die Stadt. Wir wollen bis 2011 das Hans-Sachs-Haus wieder zu einem Prachtstück für die Stadt machen – unseren Bürgerinnen und Bürgern zurückgeben.

Nun aber zu etwas Positiven. Höhepunkt des Jahres 2006 war sicher die FIFA-Fußballweltmeisterschaft in Gelsenkirchen. Sie hat im Innern ein neues Selbstbewusstsein geschaffen, hat einen immensen positiven Werbeeffect für unsere Stadt nach außen gehabt und gezeigt, dass wir eine offene gastfreundliche Stadt sind. In den zwei Jahren der Vorbereitung und den sechs Wochen der WM haben die demokratischen Kräfte im Rat in eindrucksvoller Weise ohne Parteienganzk zusammen gearbeitet. Über einige wenige Ausfälle einzelner Würdenträger in Buer will ich das Mäntelchen des Schweigens ausbreiten. Dieser riesige Imagegewinn für Gelsenkirchen muss nun jedenfalls auf jeder Ebene verstetigt werden.

Das Jahr 2006 war aber auch gekennzeichnet durch heftige Auseinandersetzungen in der Bildungspolitik. Spätestens seit der Pisa-Studie wissen wir um das schlechte Abschneiden der deutschen Bildungseinrichtungen, was die Förderung von Schwächen und Stärken von Schülern und die soziale Undurchlässigkeit des stark gegliederten Schulsystems angeht. Die in den nächsten Jahren stark abnehmenden Schülerzahlen im Grundschulbereich machten die Aufstellung eines Schulentwicklungsplans für die Grundschulen in Gelsenkirchen notwendig. In einem großen Kraftakt ist dies eindrucksvoll in zahlreichen Gesprächen vor Ort gelungen. Deshalb will ich an dieser Stelle unseren örtlichen Bildungspolitikern ausdrücklich für die Arbeit danken. Die notwendig werdende Verringerung einer großen Anzahl von Grundschulen, eine Verringerung, die gerade vor den Konfessionsschulen nicht Halt machen konnte, hat zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Nur die evangelische Kirche hat erkannt, dass das Ziel der Integration verschiedener sozialer, religiöser und ethnischer Bevölkerungsgruppen durch die gemeinsame Erziehung in gemeinsamen Stadtteilschulen besser erreicht werden kann, als durch die getrennt nach Religionen durchgeführte Grundschulerziehung.

In den nächsten Monaten wird es darauf angekommen, die konkrete Umsetzung dieses Planes Schritt für Schritt mit Augenmaß, aber auch beharrlich zu begleiten.

Nicht nur wegen der knappen Finanzmittel ist ein vorbehaltloser, konzeptionell geleiteter Rückbau nötig. Leitfaden muss dabei sowohl die demografische Entwicklung allgemein, als auch das Eingehen auf neue Verhaltensformen und Nachfragen unserer Bürgerinnen und Bürger sein. Ohne verantwortungsbewussten Rückbau wird es keine Spielräume für neue Angebote geben! Dieses Abwägen Alt gegen Neu erfordert Kraft und Verantwortungsbewusstsein. Wir sind dazu bereit!

Ein weiteres konfliktträchtiges Thema ist die Verkehrspolitik. In einer so dicht besiedelten Stadt gibt es immer Zielkonflikte zwischen Autofahrern, gewerblichen Verkehr, Fußgängern, ÖPNV-Nutzern, Fahrradfahrern. Wie wir jeden Tag leidvoll erleben, ist der Straßenzustand katastrophal, der Sanierungsstau immens. Auf diesen Mangel reagieren wir nicht mit großspurigen Ankündigungen, sondern mit einer konkreten Planung, statt leerer Versprechungen. So wird nun als nächstes großes Projekt, die Grundsanierung der Horster Straße angegangen und Schritt für Schritt verwirklicht. Unser Ziel, in unserer dicht besiedelten verkehrsbelasteten Stadt dem Öffentlichen Personennahverkehr Priorität vor dem Individualverkehr einzuräumen, wird sich auch in den kommenden Jahren nicht ändern.

Im Ausschuss für Wirtschafts- und Liegenschaften, dem ich auch angehöre, beschäftigen wir uns mit der grundsätzlichen Wirtschaftsentwicklung in unserer Stadt und der Förderung von Neuansiedlung von Betrieben und deren Unterstützung durch die kommunale Wirtschaftsförderung.

Die zukünftige Vermarktung des ehemaligen Kinderklinikgeländes an der Stadtgrenze für eine höherwertige Wohnbebauung ist ein erklärter Schwerpunkt der nächsten Zeit. Hier soll auch erreicht werden, dass der Erlös aus dem Gelände nicht für den allgemeinen Schuldenabbau verwendet werden muss, sondern einen einem Grundstückfonds, der der Stadt zugute kommt, aus dem dann wieder andere Projekte gefördert werden können. Wir hoffen, dass der RP diesem Projekt seinen Segen gibt.

Wir bedauern das unrühmliche Ende des einst hochgelobten Inkubator-Zentrums auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Hugo. Ich erinnere mich noch gut daran, wie der ehemalige Oberbürgermeister Wittke, dieses Projekt als hochrangigen Ersatz für das Besucherbergwerk, das er vom Spielfeldrand her nicht durchsetzen konnte, und wider besseren Wissens als seine Erfindung verkauft hat. Der Wildwuchs im Inkubator allerdings, der zum Scheitern des Projektes geführt hat, geschah in der Zeit des Aufsichtsratsmitgliedes Wittke! Wir müssen jetzt gemeinsam überlegen, wie wir Hilfen und Ersatz für das voraussichtlich insolvente Mittel Inkubator für Gelsenkirchener Existenzgründer schaffen können.

Ein wichtiges Themenfeld über die Haushaltsberatungen hinaus wird auch die Kinder- und Jugendpolitik. Unter Federführung unserer Jugendpolitiker haben wir ein „Jugendpolitisches Grundsatzpapier“ als Leitlinie für die Stadt verabschiedet. Über die Aufstellung eines kommunalen Kinder- und Jugendförderplans soll die Arbeit der örtlichen Träger der Jugendhilfe abgesichert und eine längerfristige Planung ermöglicht werden.

Im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit der Stadt und der freien Träger soll die Zukunft einer vielfältigen außerschulischen Bildungs- und Freizeitlandschaft erhalten bleiben.

Seit der Kommunalwahl findet auch endlich wieder eine Wohnungspolitik in Gelsenkirchen statt, die ihren Namen verdient und die nicht einseitig auf die Vermarktung jeder Freifläche ausgerichtet ist. Die städtische Wohnungsgesellschaft GGW muss auch weiter als Instrument der aktiven Gestaltung des Wohnungsmarktes für den Miet- und Eigentumsbereich ausgebaut werden. Mit der Einführung des Wohnbauflächenmonitorings und dem Instrumentarium der Wohnungspolitische Konferenz haben wir die Vernetzung der im Wohnungsbereich tätigen Unternehmen gefördert. Mit der in Gelsenkirchen beheimateten THS und der Stadttochter GGW werden wieder Akzente in der Wohnungspolitik gesetzt, wie zum Beispiel bei dem Modellprojekt eines gemeinsamen Wohnens von Jung und Alt auf dem ehemaligen Gelände der Galopprennbahn in Horst.

Stadtentwicklung findet im Spannungsfeld zwischen den globalisierten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüchen, umweltpolitischen Herausforderungen und den knappen öffentlichen Finanzen statt. Zur Stadtentwicklung könnte ich als Vorsitzender des Stadtplanungsausschusses hier viel berichten und aufzeigen, was in

nächster Zeit in Angriff genommen wird. Ich verwies hierzu auf das im Anschluss stattfindet *Forum 1*, das einige Aspekte vertiefen wird.

Wie in den großen Statteilprogrammen und Projekten streben wir eine „integrierte Stadtentwicklung“ in vielen Stadtteilen an. Nicht zuletzt der aktuelle Familienbericht für Gelsenkirchen, der übrigens Hauptthema im *Forum 2* im Anschluss ein wird, hat die sozialen Probleme in verschiedenen Stadtteilen deutlich gemacht. Neben den großen Programmen im Rahmen der Soziale Stadt und des Stadtumbau „West „ wie aktuell das Gebiet „Südost“ mit dem Tossehof, dem Gelände Schalker Verein, der Innenstadt und vielen kleinen Maßnahmen im gesamten Programmgebiet, brauchen wir auch vielfältige Maßnahmen zur Unterstützung der sozialen Infrastruktur in fast allen Stadtteilen. Wir können hier nicht warten, bis einzelne Stadtteile in einigen Jahren einmal für die großen Programme in Fragen kommen. So viel Zeit haben wir nicht, wenn wir die soziale Struktur dort erhalten und diese Stadtteile wieder lebens- und liebenswerter gestalten wollen. Hier werden im Moment Projekte, zum Beispiel für den Stadtteil Schalke auf den Weg gebracht, um hier kurzfristig in Kooperation zwischen Stadt und zum Beispiel den vor Ort tätigen Wohnungsgesellschaften etwas für diesen Stadtteil zu erreichen.

Eine Bilanz von zweieinhalb Jahren Kommunalpolitik in 30 Minuten, da muss es Themen geben, die nur ganz knapp erwähnt werden können, oder sogar ganz unter den Tisch fallen.

Zur Sicherheit und Ordnung haben wir einen eigenen Arbeitskreis gegründet. Die Konzepte für eine saubere und sichere Stadt, die hinter der Kampagne, „Mach Du den Anfang“, der Einführung des Kommunalen Ordnungsdienstes oder bei den örtlichen Präventionsräten stehen, werden von der SPD-Fraktion voll unterstützt.

Auch die Sportpolitik in Gelsenkirchen, die seit 1994 unter dem Dach von „Gelsensport“ stattfindet, kann ich aussparen, weil sie vorbildlich funktioniert. Mit einer langfristigen vertraglich abgesicherten Finanzierung, die damals noch erlaubt war, jetzt der RP verbieten würde, konnte der Breitensport in Gelsenkirchen solide langfristig abgesichert werden.

In den kommenden Jahren halte ich eine Standortbestimmung über die Kulturpolitik für notwendig. Wie muss eine Kulturpolitik in zwanzig Jahren aussehen. Welches Angebot ist mit welchen finanziellen Ressourcen zu unterstützen? Die Kulturhauptstadt 2010 mit seinen Aktivitäten ist da eine erste Etappe.

Auch die schwierige Arbeit im Integrationsrat möchte ich kurz erwähnen. Das Gelingen der Integration der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund wird ein wichtiger Baustein für unsere solidarische Stadt der Zukunft sein. Dass dies nicht einfach ist zeigen die jüngsten Auseinandersetzungen um die Trainingsmöglichkeiten des Fußballvereins YEK Hassel.

Einige Anmerkungen möchte ich noch machen zum alten Streit zwischen Buer und Gelsenkirchen. Was bei allen, auch den nicht erwähnten Themen gilt. Wir fragen bei unseren politischen Entscheidungen nicht nach der Himmelsrichtung, nicht danach, ob etwas in Buer oder Gelsenkirchen stattfindet, oder im Argen liegt, wenn wir unsere Stadt weiter entwickeln wollen. Wir versuchen, da wo es notwendig ist, das Beste zu erreichen, ohne diesen kleinkarierten Lokalpatriotismus, der immer wieder aufs Neue von einigen in der CDU geschürt wird, weil ihnen sonst keine Themen und keine Kritik an der Stadtpolitik einfallen.

Vieles ist erreicht oder auf den Weg gebracht worden, viel bleibt noch zu tun. Wir werden in den nächsten zweieinhalb Jahren versuchen müssen, wieder Handlungsspielräume für unsere Stadt zurückzuerobern. Dies ist die zentrale Frage für unsere Politik. Gelingen ist dies bei der Finanzierung der örtlichen Aktivitäten während der WM, die außerhalb des Sparkorsetts der Bezirksregierung ermöglicht wurden. Dies muss auch für andere kommunale Tätigkeitsfelder möglich werden, zum Beispiel bei den Aktivitäten zur Kulturhauptstadt 2010, bei der Finanzierung des Hans-Sachs-Hauses und beim städtischen Grundstückfonds.

Diese Freiräume brauchen wir, um für die Menschen in Gelsenkirchen, die soziale Stadt, die wir noch sind, zu erhalten. Nur wenn wir wieder mehr Eigenverantwortung zurückerkämpfen können, können wir die notwendigen Strukturen erhalten und kreative Lösungen verwirklichen. Nur dann haben wir die Möglichkeit, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern eigenverantwortlich die Zukunft unserer Stadt zu gestalten.

Dabei muss beileibe nicht alles bleiben, wie es ist, auch lieb gewonnenes muss in Frage gestellt werden. Wir stehen uns hier nicht aus Pflicht, die Stadt bedingt durch den demografischen Wandel aktiv um- und neu zu gestalten.

Hier wollen wir ergebnisoffene Diskussionen mit allen Betroffenen führen und als Partner im Dialog zur Verfügung stellen, um gemeinsam die besten Lösungen zu finden.

Wir wollen den Schulentwicklungsplan für die Grundschulen umsetzen.

Wir wollen zukunftsorientiert in die wirtschaftlichen, sozialen und familienorientierten Grundstrukturen der Stadt investieren in die Lebensqualität der Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchener verbessern.

Mein Dank zum Schluss gilt noch einmal allen, die die sozialdemokratische Kommunalpolitik in den letzten zweieinhalb Jahren begleitet haben und dies bis zur Kommunalwahl im Jahr 2009 und hoffentlich weit darüber hinaus tun wollen.

Mein besonderer Dank gilt Oberbürgermeister Frank Baranowski, der im Anschluss seine Perspektiven für unsere Stadt aufzeigen wird, die wir dann gemeinsam umsetzen wollen.

Frank, Du gehst einen guten Weg als Oberbürgermeister unserer Stadt. Du bist ein zuverlässiger Partner der SPD-Ratsfraktion und der Bezirksfraktionen. Du bist ein Oberbürgermeister, dem die Menschen vertrauen, wie ich bei vielen Besuchen in Vereinen und Verbänden festgestellt habe. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit Dir. Wir wollen mit dir gemeinsam eine Stadt zum Wohlfühlen schaffen, in der sich alle zu Hause fühlen.

Frank, nun hast Du das Wort.